O Ich abonniere „für
Zentralorgan der V
närer Arbeiter Öster
natlich, meist 16 Sei
S 3,–) zum Preis von

O Ich abonniere die „
schrift der revolution
jährlich zehnmal, m
Einzelpreis S 3,–) zun

O Senden Sie mir ein
Zeitschrift „für die vo

O Senden Sie mir ein
Jugendzeitschrift „rot

Gewünschtes bitte an

Name:

Anschrift:



Eine Baugesellschaf
ten Maschinensatz z
gierung gab uns e
Yüan, und die Peki
für die wir arbeite
mit Kalzium im Wer
und mit ihrer techn
ten wir unsere Arbe
ten uns von mehreren
um darin das Kalziu
erbauten unsere Öfe
nen. Wir arbeitet
deckten das Dach, gr
ten sie ab, schobe
weiter. Alles, was
ren Teil zum Aufbau
tragen. Um den Fonds
sen wir, für die e
nerlei Gehalt zu be
Wir hatten nicht
kleine, unbedeuter
später einen monat
von 18.000 Yüan abv
Stärke und unser Se
Wir zahlten alle
begannen ein Gehal
zu beziehen. Es v



»Kameltreiber raus!«

Über die Verwandtschaft von Geschäftsgeist und Fremdenhaß

Gegen Dummheit und Rassismus ist leider kein Kraut gewachsen. Das heißt, man kann derlei geistige Defekte auch heute noch nicht medizinisch behandeln, weshalb selbst Mediziner dagegen nicht immun sind. So hört man neuerdings von englischen Chirurgen, die sich weigern, das Blut farbiger Blutspender für weiße Patienten zu verwenden. (Hoffentlich haben die betroffenen Patienten das nötige Verständnis dafür, daß sie dann mangels rassisch einwandfreier Konserven womöglich am Operationstisch verbluten müssen.) Bei uns in Österreich wiederum gilt die Bevölkerung des Bundeslandes Kärnten — zumindest seit den Ortstafel-Feldzügen — als besonders anfällig für den Rassebazillus. Zu unrecht, wie wir gleich sehen werden.

Im kärntnerischen Arnoldstein nämlich praktizieren zwei Ärzte, von denen nur der eine aus Österreich, der andere hingegen aus Persien stammt. Braucht irgend jemand einen Arzt, so kann er sich also frei für denjenigen entscheiden, den er rein persönlich für den besseren oder den vertrauenswürdigeren hält. Wären die Kärntner nun wirklich jene engstirnigen Urgermanen gewesen, für die man sie hält, dann hätte der Perser seine Praxis wohl bald zusperren müssen. Dem war jedoch nicht so; es sprach sich bald herum, daß er ein tüchtiger Arzt ist, und so war seine Ordination stets bumvoll. Aber gerade das störte offenbar die Geschäfte irgendeines Unbekannten, denn plötzlich klingelte allnächtlich das Telefon des persischen Arztes und er wurde zu einem angeblich schwer Kranken gerufen, den es gar nicht gab, oder bedroht und beschimpft, wobei die Bezeichnung „Kameltreiber" noch die harmloseste war. Eine Zeitlang hielt der Arzt dem Telefonterror stand, dann aber wollte er Arnoldstein entmutigt verlassen. Allerdings hatte er seinen Beliebtheitsgrad unter den Arnoldsteinern gewaltig unterschätzt, denn an die 2000 Menschen — fürwahr eine Massenbewegung in der kaum 8000 Seelen zählenden Marktgemeinde — nahmen an einer Solidaritätsdemonstration teil, um ihn zum Bleiben zu überreden. Soviel Echo konnte nicht einmal die ansonsten etwas taube Gendarmerie überhören, sie erwachte endlich und legte sich eines Nachts mit einer Fangtaste auf die Lauer. Die Überraschung blieb nicht aus, denn der ärgste „Kameltreiber"-Anruf kam — aus der Ordination des zweiten Arnoldsteiner Arztes. Womit wieder einmal bewiesen ist, daß der Geist des Rassismus ganz vorzüglich zum Geschäftsgeist paßt. (Das Rezept ist uralt. Im Mittelalter genau so wie im Dritten Reich veranstaltete man Pogrome, um anschließend die Geschäftsbereiche der Vertriebenen zu „arisieren".)

Der zweite Arzt bestreitet heute selbstverständlich den Anruf, obwohl es ihm bei Gericht sicher schwergefallen wäre, die Schöffen davon zu überzeugen, daß anscheinend die Heinzelmännchen heimlich sein Telefon benutzten. Daß die Sache aber gar nicht gerichtsbekannt wurde, das verdankt er der Ärztekammer. Diese nämlich, die im Fall Mila Kars so sauber und so hochmoralisch den Prozeßhansl spielt, vertuschte den Fall Arnoldstein. Doch das ist eigentlich nur natürlich, denn wo der Rassenhaß beginnt, dort hört die Moral ja bekanntlich auf. ●

rote garde★

Nummer 47 · Juni 1974

Einzelpreis S 3,–
Jahresabonnement S 24,–





So sah er China

Bruno Pittermann, zur Zeit „Linksabweichler vom Dienst", berichtete in der AZ über die Volksrepublik. Aus seiner Feder flossen allerdings unfreiwillig komische Vergleiche. (Siehe Seite 4.)



Antisemitismus

Die "Judenserie" der "Kronen-Zeitung" ist, wie sehr sie auch ihr wahres Wesen zu vernebeln trachtet, eine niederträchtige antisemitische Hetze, die dazu dienen soll, die Menschen in unserem Land für eine Neuauflage des Hitler-Faschismus geistig vorzubereiten.

Sofern es sich bei "den Juden" um eine Religionsgemeinschaft handelt - wie bei den Katholiken und Protestanten der verschiedenen Bekenntnisse - vertreten die klassenbewußten Arbeiter seit eh und je den wissenschaftlichen Standpunkt, daß jede Religion ein "falsches Bewußtsein" darstellt, jedoch Privatangelegenheit ist, mit der sich jeder Gläubige selbst auseinanderzusetzen hat und im Laufe der Zeit auch fertigwerden wird. Sie vertreten den demokratischen Standpunkt, daß alle Religionsgemeinschaften gleichberechtigt sein müssen und religiöse - wie auch nationale und rassische - Minderheiten in keiner Weise verfolgt werden dürfen.

Die Artikelserie Viktor Reimanns handelt aber von "den Juden" als von Menschen jüdischer Abstammung, unabhängig vom Glaubensbekenntnis. "Die Juden" in einem solchen rassistischen Sinn bilden aber im gesellschaftlichen Leben Österreichs keine wirkliche Gemeinschaft. Eine derartige "Gemeinschaft" existierte nur theoretisch in den kranken Hirnen nazistischer Rasseantisemiten und praktisch in den Gaskammern und Krematorien von Auschwitz und anderen Vernichtungslagern.

Der Kampf gegen den Antisemitismus ist und bleibt ein wesentlicher Bestandteil des Kampfes der klassenbewußten Arbeiter gegen die geistige Knechtung der Werktätigen durch das Kapital.

W. I. Lenin: Über die Pogromhetze gegen die Juden

Antisemitismus nennt man die Verbreitung von Feindschaft gegen die Juden. Als die verruchte Zarenmonarchie ihre letzten Tage verbrachte, bemühte sie sich, unwissende Arbeiter und Bauern gegen die Juden aufzuhetzen. Die zaristische Polizei veranstaltete im Verein mit den Gutsbesitzern und Kapitalisten Judenpogrome. Die Gutsbesitzer und Kapitalisten trachteten, den Haß der durch ihr Elend gepeinigten Arbeiter und Bauern auf die Juden zu richten. Auch in anderen Ländern kommt es nicht selten vor, daß die Kapitalisten eine Feindschaft gegen die Juden entfesseln, um den Blick des Arbeiters zu trüben, ihn vom wahren Feind der Werktätigen, dem Kapital, abzulenken. Die Judenfeindschaft hat nur dort längeren Bestand, wo der knechtende Druck der Gutsbesitzer und Kapitalisten bei Arbeitern und Bauern eine hoffnungslose Unwissenheit erzeugt hat. Nur völlig unwissende, völlig geschlagene Menschen können der Lüge und Verleumdung Glauben schenken, die gegen die Juden verbreitet wird. Das sind Überreste aus der Feudalzeit, als die Pfaffen Ketzer auf Scheiterhaufen verbrennen ließen, als die Bauern versklavt waren, als das Volk zu Boden gedrückt und mundtot gemacht war. Diese alte feudale Finsternis geht vorüber. Das Volk wird sehend.

Nicht die Juden sind die Feinde der Werktätigen. Die Feinde der Arbeiter — das sind die Kapitalisten aller Länder. Unter den Juden gibt es Arbeiter, werktätige Menschen; sie sind in der Mehrzahl. Sie sind unsere Brüder hinsichtlich der Unterdrückung durch das Kapital, unsere Genossen im Kampf um den Sozialismus. Unter den Juden gibt es Großbauern, Ausbeuter, Kapitalisten, ebenso wie unter den Russen und anderen Nationalitäten. Die Kapitalisten sind bestrebt, unter den Arbeitern verschiedenen Glaubens, verschiedener Nationalität, verschiedener Rasse Feindschaft zu säen und zu entfachen... Die reichen Juden sowie die reichen Russen und die Reichen in allen Ländern sind miteinander verbündet, indem sie die Arbeiter drangsalieren, unterdrücken, ausplündern und entzweien.

Schmach und Schande über den verfluchten Zarismus, der die Juden quält und verfolgt! Schmach und Schande über jene, die Feindschaft gegen die Juden, Haß gegenüber anderen Nationen säen!

Es lebe das brüderliche gegenseitige Vertrauen und das Kampfbündnis der Arbeiter aller Nationalitäten im Kampf für den Sturz des Kapitals!

(Ende März 1919, auf Schallplatte gesprochen)

J. W. Stalin: Über Antisemitismus

Der nationale und rassistische Chauvinismus ist ein Überbleibsel der menschenhasserischen Sitten, die der Periode des Kannibalismus eigentümlich waren. Der Antisemitismus, als extreme Form des Rassenchauvinismus, ist das gefährlichste Überbleibsel des Kannibalismus.

Der Antisemitismus dient den Ausbeutern als bequemer Blitzableiter, um den Kapitalismus den Schlägen der Werktätigen zu entziehen. Der Antisemitismus ist gefährlich für die Werktätigen, denn er ist ein Irrweg, der sie vom richtigen Weg abbringt und in einen Dschungel führt. Deshalb müssen die Kommunisten, als konsequente Internationalisten, unversöhnliche und geschworene Feinde des Antisemitismus sein.

In der UdSSR wird der Antisemitismus als eine der Sowjetordnung zutiefst feindliche Erscheinung durch das Gesetz aufs strengste verfolgt. Aktive Antisemiten werden auf Grund der Gesetze der UdSSR mit dem Todesurteil bestraft.

(Jänner 1931) ●

„Der alte Richter" hieß eine erfolgreiche Fernsehreihe. Die SPÖ will den Erfolg nun vom Bildschirm in die Politik übertragen:

Ein Richter als Bundespräsident

Wobei es offenbar nichts ausmacht, daß der jetzige „sozialistische" Kandidat einst der faschistischen „Vaterländischen Front" angehörte.





* Original Kirchschläger-Ausspruch.

Rein theoretisch ist der österreichische Bundespräsident ein mächtiger Mann. Weil die Praxis des bürgerlichen Staates auf die Theorie aber genau so paßt wie die berühmte Faust aufs Auge, deshalb beschränkt sich die praktische Tätigkeit des Staatsoberhauptes auf das gewichtige Verlesen von Nichtigkeiten, das Bänderdurchschneiden an neugebauten Straßenstücken und das Händeschütteln bei offiziellen Empfängen. Wobei auch die von Pulverschmauch und geronnenem Blut gebräunten Fäuste griechischer oder chilenischer Offiziere liebevoll gedrückt werden. Allerdings hätte der Bundespräsident dank des Gnadenrechts wenigstens die Möglichkeit, die bürgerliche Klassenjustiz in Österreich wirksam zu entschärfen. Franz Jonas jedoch ging auch mit diesem Recht sehr knausrig um, und als er wirklich einmal ein paar Verfahren einstellen ließ, da tat er dies ausgerechnet zugunsten jener rechtsradikalen Radaubrüder, die in Südkärnten die zweisprachigen Ortstafeln demoliert haben. Doch weil man über Tote bekanntlich nichts Schlechtes sagen soll, so befassen wir uns anstatt mit dem verstorbenen lieber mit dem nächsten Bundespräsidenten.

„Der nächste Bundespräsident" hieß ein „profil"-Artikel, der bereits im Oktober 1973 erschien und sich mit Außenminister Kirchschläger befaßte. Woraus die überraschte Leserschaft schon damals den Schluß ziehen konnte, daß das Ableben von Franz Jonas bereits fix in Kreiskys Terminkalender eingeplant und die Aufstellung Kirchschlägers als parteiloser SP-Kandidat somit ein todsicherer Tip war. Den Außenminister „mit dem attraktiv-häßlichen Cäsarengesicht" zum Bundespräsidenten zu machen, war übrigens „ein Kanzler-Genieblitz im kleinsten Kreis". (Alle Zitate aus „profil".) Na ja, von innerparteilicher Demokratie hat der Kanzler noch nie was gehalten; was kombinierte der „unermüdliche Denkspieler" also im kleinsten Kreis(ky)? Er kombinierte, daß man mit Rudolf Kirchschläger selbst in Zeiten eines allgemeinen SPÖ-Niederganges einen triumphalen, anfeuernden Wahlsieg erringen könne, denn Kirchschläger ist ein Kandidat, der auch konservativste Wähler anspricht: er ist kein SPÖ-Mitglied, er war Richter von Beruf, er ist strenggläubig katholisch und er paßt schon deshalb ins Landesvater-Klischee, weil, wie er selber sagt, „mich der Herrgott mit einer so tiefen und ruhigen Stimme ausgestattet hat". Dazu kommt noch ein Lebenslauf, wie er im Schulbüchl stehen könnte („Vom Dorforganistensohn zum ersten Bürger des Landes") und die Mär von seiner sagenhaften Zivilcourage, welch letztere auf das Jahr 1968 zurückgeht. Damals war Kirchschläger Gesandter in Prag, und als Breschnews Panzerdivisionen einmarschierten, erhielt er aus Wien den fernschriftlichen Auftrag, keine Visa mehr für Tschechoslowaken auszustellen. Er stellte trotzdem Visa aus, allerdings — wie man heute weiß — mit vollem Einverständnis des Du-Freundes und damaligen Außenministers Waldheim, weshalb bei näherem Hinsehen von der Zivilcourage nicht allzuviel mehr übrigbleibt.

Und gar keine Courage hatte der inzwischen selber zum Außenminister gewordene attraktiv-häßliche Cäsar zu Weihnachten 1972 — am Höhepunkt des amerikanischen Bombenterrors über Nordvietnam —, als er dem US-Botschafter eine nichtssagende „ernste Besorgnis" auszudrücken beliebte. Der Tiefpunkt sollte aber noch kommen. Als im Herbst 1973 die chilenischen Militärs putschten, da bewies nämlich Österreichs Botschafter in Chile, ein Herr Hobel, traurigen Mut: Entgegen einer Weisung aus Wien weigerte er sich, Flüchtlinge aufzunehmen. Was tat nun sein Chef (und womöglich Du-Freund?) Kirchschläger? Ein Machtwort mit der vom Herrgott persönlich verliehenen tiefen Stimme hätte genügt, um Dutzende, vielleicht sogar Hunderte Menschen vor Verfolgung, Folterung und Ermordung zu schützen. Aber Kreiskys allerchristlichster Außenminister sah 6 Wochen lang tatenlos der Menschenjagd zu, ehe er sich dazu bequemte, den Botschafter Hobel gegen einen humaneren Nachfolger auszutauschen. Es dauerte demnach verdammt lange, bis die vielzitierte christliche Nächstenliebe es schaffte, die dicke katholische Haut zu durchdringen.

Das konservative Lager jedenfalls kann zufrieden sein, denn ob nun der Außenminister Kirchschläger oder der Außenseiter Lugger die Wahl gewinnt, das ist ziemlich egal. Der nächste Bundespräsident wird so wie seine Vorgänger streng darauf achten, daß der Rechtsstaat Österreich auch rechts bleibt. ●

So sah er China

Bruno Pittermann, Ex-Vorsitzender der SPÖ, Ex-Vizekanzler der Republik Österreich, derzeit Präsident der "Sozialistischen Internationale", hat wieder einmal eine China-Reise absolviert. Und er begann am 5.Mai in der "AZ", in Form einer Artikelserie darüber zu berichten.

Wir wollen nicht beanstanden, wenn es diese oder jene Kreise gibt, die mit spezieller Begründung Äußerungen von ausländischen Besuchern wie Pittermann willkommen heißen, insofern sie nicht offen gegen China gerichtet sind, ja sogar dem Anschein nach eine freundliche Note aufweisen. Wir können aber andererseits nicht gleichgültig dem Umstand gegenüber stehen, daß die heute in Österreich allein regierende SPÖ mit Hilfe einer Artikelserie in ihrem Zentralorgan den Eindruck erwecken möchte, daß es in ihren Reihen Platz für echte Linkskräfte gäbe, welche imstande wären, objektiv und positiv zu den gewaltigen Leistungen und Errungenschaften der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus in China Stellung zu nehmen. Denn dieses Vorhaben der SPÖ dient in der politischen Wirklichkeit lediglich dem Zweck, linke Strömungen, die sich seit langem in den Reihen vor allem der jungen Mitglieder der SPÖ bemerkbar machen und gerade hinsichtlich der Stellung zu China auch offen äußern, aufzufangen und für die eigenen und reaktionären Zwecke nutzbar zu machen.

Schon die "AZ" vom 6. Mai läßt den grundsätzlichen Charakter der Auslassungen von Pittermann in seiner Artikelserie und den Zweck, der damit verfolgt wird, klar erkennen. Nehmen wir zunächst einige "Ungenauigkeiten" aus diesem Reisebericht.

Pittermann faselt da vom angeblichen "chinesischen Bauernkommunismus", um genauso, wie dies sein Lehrmeister Otto Bauer nach der Oktoberrevolution in Rußland in bezug auf die Sowjetmacht getan hat, die Diktatur des Proletariats im Sinne der von Marx und Engels ausgearbeiteten Lehre des wissenschaftlichen Sozialismus in China zu leugnen und den österreichischen Arbeitern einzureden, daß die gesellschaftlichen Umwälzungen und Neuerungen in Volks-China für die arbeitenden Menschen in unserem Land, auf ihre Probleme und ihre Aufgaben gar keinen Bezug hätten. In Wirklichkeit gibt es weder in der chinesischen Revolution noch in der russischen Revolution vom November 1917 einen "Bauernkommunismus", sondern die KP Chinas führt - ebenso wie seinerzeit die bolschewistische Partei unter der Führung von Lenin in Rußland - das in seiner Mehrheit aus Bauern bestehende chinesische Volk zur proletarischen sozialistischen Revolution. In Wirklichkeit hat diese "Argumentation" nur einen Zweck, die österreichischen Arbeiter davon abzuhalten, gleichfalls den revolutionären Weg einzuschlagen. "Weil so etwas vielleicht in China möglich wäre, aber in Österreich nicht".

Pittermann verbreitet sich von Anfang an auch über sogenannte "landwirtschaftliche Kommunen". Er verschweigt, daß es sich bei den ländlichen Kommunen um die untersten Organe der Staatsmacht in der VR China handelt. Und er verschweigt ferner, daß sich das genossenschaftliche Eigentum (das er hämisch als angeblich den Bauern vom Staat "gestattet" ausgibt), vor allem auf der Stufe der den Kommunen untergeordneten Produktionbrigaden befindet.

Dann spricht Pittermann von der altersmäßigen Aufteilung des Revolutionskomitees in der von ihm besichtigten Volkskommune. Dabei verschweigt er aber gänzlich, daß dieses Revolutionskomitee auf eine beispielhaft demokratische Weise durch geheime Abstimmung gewählt wird.

Pittermann erlaubt sich auch die Losung "Dem Volke dienen" als eine Form der angeblichen Unterordnung unter die staatlich formulierten Gemeinschaftsinteressen hinzustellen. In Wirklichkeit bedeutet diese Losung für jeden arbeitenden Menschen in China keine abstrakte "Staatsräson", wie Pittermann unterstellt, sondern praktisch ganz konkret dem Dienst am Menschen nebenan, am Arbeitskollegen, am Kunden usw.

Schließlich erlaubt sich Pittermann einen Witz: Er vergleicht die gewaltigen Errungenschaften der sozialistischen Revolution in China mit den angeblichen Anstrengungen der Arbeiter Österreichs nach der Novemberrevolution 1918. Diese Revolution wurde von den SP-Führern verraten und mit ihr die Arbeiter. Diesen wurde eingeredet, daß ein "rotes Wien", eine Art "Gemeindesozialismus" aufgebaut werden würde. In Wirklichkeit wurde so dem Faschismus der Weg geebnet. Damit erlaubt sich Pittermann eine besonders heimtückische "Gleichstellung".

Pittermann schreibt wörtlich, nachdem er derartige Äußerungen schon vorher mehrmals gemacht hat: "Überhaupt zeigt Schanghai in vielen Formen der Selbstverwaltung sowie des Verhältnisses von Funktionären das Bild einer von Arbeitern gestalteten Gesellschaft und erinnert in manchen Äußerlichkeiten an die Aufbauzeit des roten Wiens nach dem Ersten Weltkrieg und in der ersten Hälfte der zwanziger Jahre, freilich ohne eine auf einem Mehrparteiensystem beruhende Demokratie". Hier ist der entscheidende Punkt, wo sich Pittermanns Lüge mit der historischen Wahrheit berührt und zugleich durch diese entlarvt wird: Ja, freilich mag Schanghai in den Äußerlichkeiten an das "rote Wien" Pittermanns erinnern; aber ein "Mehrparteiensystem", eine "auf einem Mehrparteiensystem beruhende" bürgerliche "Demokratie" gibt es in China nicht. Und gerade dieses System hat bekanntlich zum Faschismus geführt! In Volks-China ist aber die unter der Führung von Arbeitern gestaltete Gesellschaft nicht eine "Äußerlichkeit", sondern das wahre Wesen des Sozialismus, nämlich die Diktatur des Proletariats. Das angeblich "rote Wien" hat bekanntlich die Arbeiter zum Faschismus und zum Zweiten Weltkrieg gebracht, das will Pittermann nicht wahrhaben. Das ist aber das Entscheidende, was alle Arbeiter erkennen und zur Kenntnis nehmen müssen. Und das nehmen die Arbeiter - auch SP-Arbeiter - bereits zur Kenntnis, weshalb sie eben auf die Errungenschaften Volks-Chinas schauen.

Warum zeigen wir diese Unwahrheiten im Reisebericht Pittermanns auf? Nicht deshalb, weil wir von ihm etwas Besseres erwartet hätten. Ganz im Gegenteil. Uns interessiert gerade die Tatsache, daß ein SP-Politiker bezüglich der Volksrepublik China einerseits "in Freundschaft macht", andererseits die tatsächlichen Verhältnisse in diesem vorbildlichen sozialistischen Land grob entstellt. Denn das ist ja die allgemeine Linie der sogenannten "Austromarxisten" (oder "Austrosozialisten", wie sie gerade Pittermann auf dem Villacher Parteitag 1972 umgetauft hat) sowohl in innen- wie in weltpolitischen Fragen: Sie wollen mit "linken" Phrasen ihre rechtsgerichteten Taten verhüllen. Die Arbeiter sollen in die Illusion gewiegt werden, daß die SPÖ angeblich ihre Interessen vertritt, im Unterbewußtsein will man sie aber gegen die sozialistische Revolution stimmen. Genau dies geschieht hier in bezug auf Volks-China.

Die Sympathien der arbeitenden Menschen Österreichs für das sozialistische China sind - für viele sogar überraschend - sehr groß und wachsen mit jedem Tag. Nehmen wir nur zwei Ereignisse der letzten Zeit: Die Ausstellung archäologischer Funde, die in Volks-China während der Großen Proletarischen Kulturrevolution gemacht wurden, wurde in Wien von mehr als 240.000 Menschen besucht, die alle höchst beeindruckt waren. Diese Ziffer ist nicht nur bedeutend höher als die Besucherzahl bei irgendwie vergleichbaren Ausstellungen in Österreich seit dem Zweiten Weltkrieg, sondern sie übersteigt auch bei weitem die entsprechenden Angaben aus Paris und London (700.000 bzw. eine Million), wo die Ausstellung vorher gezeigt worden war, wenn man berücksichtigt, daß Österreich bzw. Wien nur ein Sechstel oder ein Siebentel der Einwohnerschaft Frankreichs oder Englands bzw. von Paris oder London hat.

Das ist keineswegs auf "rein" künstlerische oder kunsthistorische Interessen zurückzuführen, sondern hauptsächlich auf das gewaltige Interesse, das die Werktätigen unseres Landes für die Chinesische Volksrepublik hegen.

Das zweite Beispiel: Der ORF hat es sich "nicht nehmen lassen", das filmische Machwerk des italienischen Regisseurs Antonioni über "China" auszustrahlen, obwohl die Herren Bacher und Co. sehr wohl wußten, daß dieser ausgesprochen antichinesische Film von den breiten Massen der chinesischen Arbeiter, Bauern und Soldaten heftig kritisiert wurde und eben deshalb die chinesische Botschaft in Wien seine Ausstrahlung über das ORF-Fernsehen als unfreundlichen Akt qualifizieren mußte. Was war die Folge? Unsere Genossen kennen zahllose Fälle, da Österreicher, die diese Filmserie gesehen haben, ihre tiefe Enttäuschung bekundeten, daß es zu dieser Hetzsendung gekommen war. Vielleicht das "positivste" Urteil war noch der Ausspruch eines revisionistisch beeinflußten Diskutanten am 1. Mai auf der Ringstraße, der einem unserer Genossen gegenüber sagte: "Der Antonioni-Film hat etwas Gutes: Jetzt möchte man erst recht erfahren, wie es wirklich im heutigen China aussieht."

Die Beschwerden über die Ausstrahlung des chinafeindlichen Filmes waren so zahlreich, daß sich der ORF bemüßigt fühlte, eine Publikumsdiskussion darüber anzusetzen. Und was ergab sich dabei? Mit Ausnahme der "AZ"-Redakteurin (Barbara Coudenhove-Kalergi) haben praktisch alle Teilnehmer dieser Diskussion gegen Antonionis Machwerk Stellung genommen. Bezeichnend sind die Äußerungen einer pensionierten Bankangestellten, die - im Un-

terschied zu den meisten Diskussionsteilnehmern - niemals in China war und gleichsam die "unbefangene Volksmeinung" repräsentieren sollte. Sie sagte zuerst, der Film hätte auf sie "schauderhaft" gewirkt; er hätte "gezeigt", daß in China eine "Masse Mensch" auf unheimliche Weise "manipuliert" würde; dies wäre eben das "grauenhafte Gesicht des Kommunismus" gewesen; eine "Gänsehaut" sei ihr über den Rücken gelaufen usw. usf. Das also war die Wirkung, die in der Tat der Regisseur bei nicht vorgebildeten einfachen Menschen erzeugen wollte! Nach der Diskussion stellte jedoch dieselbe Dame fest, sie sei nun eines besseren belehrt worden; der Film zeige nicht das wahre, nicht das heutige China, sondern nur willkürliche Ausschnitte, die absichtlich ein falsches Bild zeichnen sollten; manche Aufnahmen, sagte sie, die Antonioni insgeheim, gegen den Willen der Gastgeber, gemacht und dem Film einverleibt hat, bekunden, daß er das allgemein übliche Gastrecht mißbraucht und die zuständigen chinesischen Stellen hintergangen hat, was sich auch nach unseren Begriffen von Anstand und Ehre nicht gehöre.

Wir haben es bewußt riskiert, unsere Leser mit der ausführlichen Darstellung der zwei Beispiele unter Umständen sogar zu langweilen. Es geht aber darum, daß wirklich in den Massen der österreichischen Bevölkerung ein zunehmendes Interesse für das sozialistische China festzustellen ist, und zwar nicht irgendeiner Exotik wegen, sondern weil die arbeitenden Menschen in unserem Lande lebhaft fühlen, daß dort Dinge vor sich gehen, die vielleicht von gewaltiger Bedeutung für unser eigenes Schicksal sind. Die arbeitenden Menschen fühlen, auch wenn sie es nicht positiv wissen, daß in China Kämpfe ausgetragen werden, die letzten Endes darüber entscheiden, ob sich die Werktätigen wirklich von der Lohnsklaverei befreien können, ob es wirklich möglich ist, daß die einfachen Arbeitsmenschen Herren ihres Geschickes werden und nicht immer wieder von alten und neuen Bonzen übers Ohr gehauen und niedergedrückt werden! Eben deshalb mimt die "AZ" eine angebliche "Freundschaft" zu China, eine angebliche "Objektivität" bei der Berichterstattung über Reiseeindrücke aus China. Und eben deshalb halten wir es für notwendig, ihre Machinationen, zu denen diesmal Herr Pittermann engagiert wurde, aufzudecken. ●



30 Jahre freies Albanien

In das Jahr 1974 fällt der dreißigste Jahrestag der Befreiung Albaniens vom Joch des Hitlerfaschismus, der dreißigste Jahrestag des Sieges der Volksrevolution.

Die albanische Arbeiterklasse und die albanischen Werktätigen können in diesem Jahr eine großartige Bilanz ihrer Erfolge ziehen. Unter der Führung der Partei der Arbeit Albaniens trotzte das albanische Volk der imperialistischen und revisionistischen Blockade und Einkreisung. Im fortwährenden Kampf mit inneren und mit äußeren Feinden sowie gegen die Einflüsse bürgerlicher und revisionistischer Denkweisen wurden und werden alle Versuche, die Herrschaft der Arbeiterklasse zu untergraben, zunichte gemacht. Die Volksmacht wird gefestigt und das Leben der arbeitenden Menschen ständig verbessert.

Die rasche Entwicklung der Industrie ist ein deutliches Zeichen für die Erfolge, die beim Aufbau des Sozialismus erzielt wurden. Im Zeitraum zwischen 1950 und 1970 stieg die Industrieproduktion jährlich im Durchschnitt um 15 Prozent. Sowohl in der Erzeugung von Produktionsmitteln als auch in der Konsumgüterindustrie ist ein starker Aufschwung zu verzeichnen. Auf dem Erdölsektor ist Albanien heute Selbstversorger und sogar Exporteur.

Die großen Errungenschaften, die Albanien auf allen Gebieten seiner nationalen Wirtschaft und Kultur errungen hat, verdankt es - wie der albanische Außenminister Nesti Nase in seiner Rede auf der 6. Sondertagung der UNO-Vollversammlung betont hat - "vor allem der korrekten Linie der Partei der Arbeit Albaniens, dem Vertrauen auf die eigene Kraft, der Einheit und vollständigen Mobilisierung aller Kräfte des Volkes, der vernünftigen Erschließung der Naturressourcen und dem Widerstand und unentwegten Kampf gegen den Druck, die Erpressung, die Bedrohungen und die Blockade durch die Imperialisten und die Sozialimperialisten." ●



Da schweigt der österreichische Blätterwald:

Lon Nol am Rückzug

Entgegen allen anderslautenden Meldungen der bürgerlichen Presse Österreichs berichten die internationalen Nachrichtenagenturen fast tagtäglich von neuen, großen Siegen der Nationalen Befreiungsarmee Kambodschas.

Allein in der letzten Trockenperiode 1973/74 vernichteten diese Streitkräfte 60.000 Marionettensoldaten und zerstörten oder erbeuteten große Mengen an Kriegsmaterial. Über 74.000 Menschen zogen in die befreiten Gebiete, um die Einheitsfront beim Aufbau eines freien, unabhängigen und demokratischen Kambodscha zu unterstützen. Die Nationale Einheitsfront und die Königliche Regierung der Nationalen Einheit haben über 90 Prozent des Territoriums und bereits über 80 Prozent der Bevölkerung befreit. Der letzte große Sieg gelang den Volksbefreiungsstreitkräften mit der Besetzung zweier Inseln im Mekong, wodurch sie den Nachschub Phnom Penhs nach Kompong Cham kontrollieren.

Das Lon-Nol-Regime verstärkt weiterhin seine Unterdrückungsmaßnahmen gegen die von ihm kontrollierte Bevölkerung. Die Folge davon war ein unbefristeter Streik von 5000 Phnom Penher Kraftwerksarbeitern, um eine Lohnerhöhung und einen sofortigen Stop der Zwangsrekrutierungen durchzusetzen. Die Arbeiter bekundeten ihre Kampfentschlossenheit und setzten sich über sämtliche Repressalien des Lon-Nol-Regimes hinweg.

Am 15. März demonstrierten 10.000 kambodschanische Mönche gegen die Henkersknechte des US-Imperialismus wegen der Bombardierung von Tempeln entlang der 26. Straße. In einer Resolution forderten sie die Bevölkerung auf, die Verräter zu bestrafen.

☆

Bei seinem Besuch in Hanoi definierte der kambodschanische Premierminister ganz klar das Ziel der Nationalen Einheitsfront.

"Unter den gegebenen Umständen - sagte er - kann das Kambodscha-Problem nur dann gelöst werden, wenn der amerikanische Imperialismus alle seine militärischen Berater und alles militärische Personal aus Kambodscha abzieht, seine Aggression gegen Kambodscha einstellt und aufhört, die verräterische Lon-Nol-Clique auch nur in irgendeiner Form zu unterstützen, wenn er das kambodschanische Volk die Kambodschafrage allein lösen läßt. ... Einen anderen Weg gibt es keinen." Er zeigte sich glücklich über die Welle der Unterstützung und Solidarität der befreundeten Länder und der Menschen in der Welt. Er betonte, daß Kambodscha eine Politik der Unabhängigkeit, des Friedens, der Neutralität und der Nichteinmischung anstrebt.

Der gerechte Kampf des kambodschanischen Volkes ist von großer Bedeutung für den Kampf der Völker gegen den Imperialismus, Kolonialismus und Neo-Kolonialismus, vor allem für den Kampf gegen die beiden Supermächte. Indem dieser Kampf die Kräfte des Imperialismus schwächt, hilft er auch der österreichischen Arbeiterklasse beim Kampf gegen die Herrschaft des Kapitals. Der Kampf Kambodschas verdient die volle Unterstützung des österreichischen Volkes.

Setzt die Regierung unter Druck, für die Anerkennung von Sihanouk!

Hoch die internationale Solidarität! ●

Der kleine Unterschied zwischen Wunschtraum und Propaganda



Die Parteispitze der "K"PÖ gibt sich seit geraumer Zeit "radikal". Hatten die Revisionisten noch vor einigen Jahren ganz unverblümt erklärt, sie wollten friedlich, auf parlamentarischem Wege und durch Anbiederung an die Sozialdemokratie zum Sozialismus gelangen, so sprechen sie heute davon, daß der Weg zum Sozialismus ohne Bürgerkrieg kein kampfloser sei, und daß "erbitterte" Massenkämpfe zu seiner Durchsetzung erforderlich seien. Aber bei genauer Betrachtung sind solche Formulierungen wie die "erbitterten" Auseinandersetzungen und dergleichen mehr nichts als Phrase.

Stalin hat einmal festgestellt, daß der Revisionismus und Reformismus keineswegs "revolutionären Aktionen" und "revolutionärem Kampf" ablehnend gegenüberstehen. "Entscheidend bei der Bestimmung des revolutionären oder reformistischen Charakters dieser oder jener Partei" - schrieb Stalin - "sind doch nicht die 'revolutionären Aktionen' an sich, sondern die politischen Ziele und Aufgaben, deretwegen diese Aktionen von der Partei unternommen und ausgewertet werden... 'Revolutionäre Aktionen', damit die alte Ordnung reformiert wird, bei Aufrechterhaltung der Macht der herrschenden Klasse, das ist eines, das ist der Verfassungsweg. 'Revolutionäre Aktionen', um die alte Ordnung zu zerschlagen, um die herrschende Klasse zu stürzen, das ist etwas anderes, das ist der revolutionäre Weg, der Weg des vollständigen Sieges der Revolution." (Stalin, Werke Bd.7, S. 188/189)

Die "K"PÖ strebt aber keine Zerschlagung der kapitalistischen Ordnung an, sie will nicht, daß die Macht in die Hände der Arbeiterklasse und des Volkes übergeht. Die Revisionisten können deshalb noch so sehr von "erbitterten" Kämpfen reden, ihre Politik ist und bleibt darauf berechnet, die Arbeiter in die Irre zu führen.

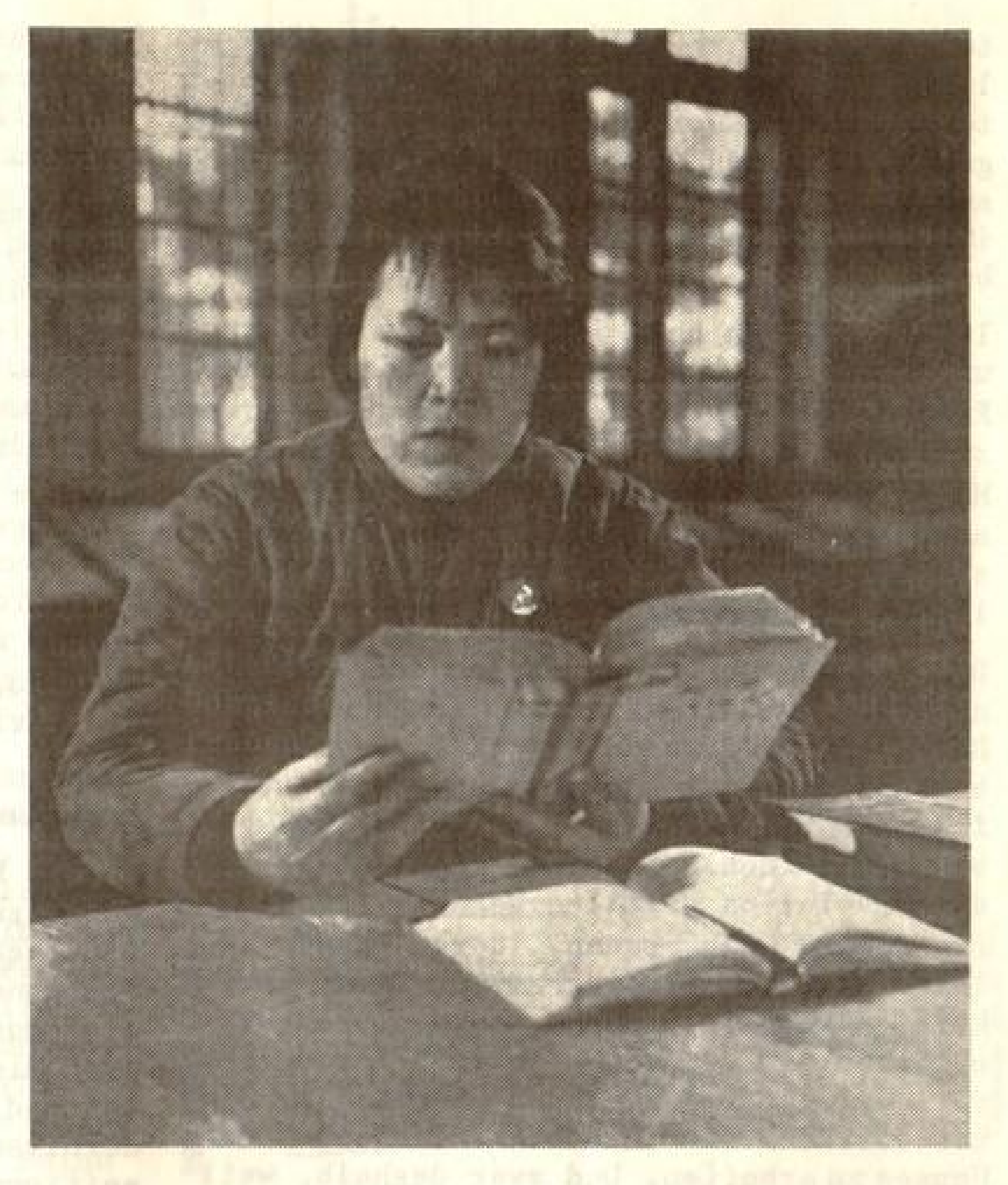
W.F., Wien ●

DRV: Produktionspläne übererfüllt

Für das erste Quartal dieses Jahres wurden die Produktionspläne in vielen Betrieben Nordvietnams bei weitem übererfüllt. Das war der Fall im Maschinenbau, in der Eisen- und Stahlindustrie, der Elektrizitätswirtschaft, im Kohlenbergbau, in der chemischen sowie in der Nahrungsmittelindustrie. ●

Wirkliche Gleichberechtigung kann nur erreicht werden, wenn die Frauen selber darum kämpfen.

Wie die Frauen die Gleichberechtigung errangen



Von Tsui Yu-lan

Die Verfasserin ist Mitglied des ständigen Komitees der Westpekinger Industrie-Gewerkschaft sowie stellvertretende Vorsitzende des Revolutionskomitees der Westpekinger Pharmazeutischen Fabrik.

Ich war früher eine Hausfrau. Mein Mann ist Zimmermann in einer Baugesellschaft in Peking. Millionen von Hausfrauen gingen 1958 erstmals in die Produktion, um beim großen Sprung vorwärts im Aufbau des Sozialismus mitzumachen. Ich war eine von ihnen. Das verbesserte unsere Stellung in der Gesellschaft und zu Hause - aber es mußte darum gekämpft werden.

Die arbeitenden Menschen waren im alten China hart unterdrückt, die Frauen ganz besonders. Die Männer wurden durch die reaktionären Machthaber und die Kapitalisten ausgebeutet und unterdrückt. Sie hatten keine politischen Rechte und keinerlei gesicherte Arbeit. Verärgert durch die schlechte Behandlung auf dem Arbeitsplatz schlugen und beschimpften sie daheim ihre Frauen. Solche Fälle gab es sehr häufig. Die Frauen waren die niedrigste soziale Schicht und hatten daheim nichts zu reden. Nach der Befreiung 1949, als der Lebensunterhalt der arbeitenden Menschen gesichert war, begann sich auch die Situation der Frauen zu ändern. Sie erhielten das Wahlrecht und nahmen an Diskussionen wichtiger nationaler Angelegenheiten teil, wie z.B. an der Diskussion über den Entwurf der Verfassung. Sowohl die Verfassung (1945) als auch das Ehegesetz (195o) sicherten Gleichheit zwischen Männern und Frauen, förderten die Harmonie in der Familie und verboten die Vielehe, das Konkubinat, das Schlagen und Beschimpfen der Gattinnen sowie andere schlechte Einrichtungen und Gebräuche der alten Gesellschaft. Wir erfaßten rasch die Hauptsache: Nur der Sozialismus kann die Frauen schützen.

Trotzdem, obwohl Gleichheit zwischen Mann und Frau nun Gesetz im Lande war, bedeutete das nicht, daß es auch schon in Wirklichkeit so war. Zum Beispiel: Hausfrauen waren abhängig von ihren Männern und muß-

ten noch immer um Geld, auch für so alltägliche Dinge wie Schuhe und Strümpfe, bitten. Haushaltssorgen beschäftigten sie den ganzen Tag. Und weil sie nicht für das gesamte Volk arbeiteten, konnten sie auch ihre gesellschaftliche Stellung nicht verbessern.

In jenen Tagen half ich dem Frauenverband und unserem Nachbarschaftskomitee, die Frauen zu organisieren. Wir alle waren zutiefst von der Lehre des Vorsitzenden Mao Tsetung überzeugt, daß die Frauen sich nur dann vollständig befreien können, wenn sie an der Produktion und an der Politik lebhaft teilnehmen.

Das Problem der Frauenarbeit wurde in China nach und nach gelöst. Gleich nach der Befreiung vergab die Volksregierung Arbeitsplätze für unbeschäftigte Arbeiterfrauen dort, wo sie in der Produktion gebraucht wurden. Frauen, deren Männer für die Revolution gefallen waren, Soldatenfrauen und auch Frauen, deren Männer allein die Münder der Familie nicht sattkriegen konnten, wurde Arbeit in Produktionseinheiten gegeben. Aber in jener Zeit war es unter den Frauen nicht allgemein verbreitet - wie heute - außerhalb des Hauses zu arbeiten. Und zwar deshalb, weil der natürliche Wirtschaftsaufbau noch nicht so weit fortgeschritten war, und weil die allgemeine Weltanschauung der Frauen durch die revisionistische Linie



Eine Studentin aus der Arbeiterklasse
Holzschnitt von Wu Kong-tschun

Liu Schao-tschis beeinflußt war, daß Hausfrauen schon an der revolutionären Arbeit teilhaben würden, wenn sie für ihre Männer und Kinder gut sorgen.

1958 kam es zum großen Sprung vorwärts in unserem sozialistischen Aufbau. Die Partei rief die Hausfrauen auf, zum Aufbau des Sozialismus beizutragen. Die Frauen wollten es. Und überall verließen wir unsere Häuser. Allerorts schlugen die Frauen die Trommeln und Gongs, um ihre Befreiung zu feiern. Im Westteil von Peking wurden 30.000 Frauen Arbeiterinnen in der Industrie und im Dienstleistungssektor. Sieben Frauen und ich gründeten eine "chemische Fabrik", um ein bestimmtes Kalziumchlorid, das eine chemische Fabrik in Peking dringend benötigte, herzustellen.

Familienfesseln werden zerrissen

Es war kein bißchen leicht, aus dem Heim herauszukommen. Die Errichtung des sozialistischen China konnte nicht auf einmal Jahrhunderte des feudalen männlichen Chauvinismus ausrotten. Die Frauen brauchten noch die Führung der Kommunistischen Partei und den eigenen Kampf gegen alle Hindernisse durch die Frauen selbst. Nach Beseitigung des Imperialismus, Feudalismus und bürokratischen Kapitalismus in China mußten wir Frauen das zerstören, was von der feudalen Autorität bei unseren Männern übriggeblieben war. Die Erziehung durch die Partei hat dazu geführt, daß die Fälle, in denen Männer ihre Frauen schlugen oder beschimpften, selten wurden. Aber es gab immer noch Männer, die ihre Frauen nicht zur Arbeit gehen lassen wollten, weil sie dachten, ihre Kinder würden dann nicht gut genug versorgt. Es gab auch noch andere Reste alter Denkweisen. Mein Mann, zum Beispiel, sagte eines Tages: "Unsere Familie kann ganz gut ohne dein kleines Gehalt auskommen. Wenn du nur gut kochst und die Kinder versorgst, dann ist schon alles in Ordnung!" - Um seine Meinung zu ändern, begann ich davon zu reden, wie schlecht es unserer Familie vor der Befreiung gegangen war. Wir beide waren in armen Bauernfamilien geboren. Ich war eine Kinderbraut und wurde zu seiner Familie geschickt, als ich Vierzehn war. Drei Jahre später, als er auf dem Lande nicht mehr seinen Lebensunterhalt verdienen konnte, ging er fort, um Arbeit zu suchen. Es war 1937. Die japanischen Invasoren verschleppten ihn in den Norden zur Zwangsarbeit.

Zwölf Jahre lang erhielten wir keine Nachricht von ihm. Erst nach der Befreiung 1949 kehrte er nach Hause zurück. Danach kam er nach Peking, um Arbeiter zu werden. Inzwischen war ich in unserem Dorf aktiv geworden, um den Befreiungskampf zu unterstützen. Ich war Parteimitglied geworden. Ohne die Kommunistische Partei und ohne den Sozialismus, belehrte ich ihn, würde unsere Familie kein gutes Leben haben.

"Es ist nicht das Geld, weshalb ich arbeiten will", sagte ich, "ich folge dem Ruf der Partei, meinen Teil zum Aufbau des Sozialismus beizutragen. Ich arbeitete auf dem Felde, wie jede andere auch, solange ich auf dem Dorf war. Und jetzt, während des großen Sprungs nach vorne, kann ich da zu Hause bleiben und mich nicht an der Produktion beteiligen?" Er begann einzusehen, daß er unrecht hatte.

Um den Widerstand zu Hause zu verringern, rief der Frauenverband für die Ehemänner Diskussionsveranstaltungen zusammen. Auch die Gewerkschaft erzog ihre männlichen Mitglieder, die Wichtigkeit der Teilnahme der Frauen am nationalen Aufbau anzuerkennen. Als es für Frauen gebräuchlicher wurde, eine Beschäftigung anzunehmen, da halfen auch die Männer bei der Hausarbeit. Mein Mann lernte kochen und betrachtete das nicht mehr als Erniedrigung. Seine Arbeit ist schwerer als meine, daher mache ich mehr Hausarbeit, indem ich früher aufstehe und später zu Bett gehe. Er kauft aber Essen und Heizmaterial ein und verrichtet schwerere Arbeiten. Zu Mittag essen wir in der Fabrik, und derjenige von uns, der als erster nach Hause kommt, kocht das Abendessen. Und so machen es die meisten Ehepaare.

Eine neuerliche Schwierigkeit für die arbeitende Frau sind die Kinder. Als große Massen von Frauen Arbeiterinnen wurden, gab es nicht genug staatliche Kindergärten, um alle Kinder aufzunehmen. Und für Familien mit vielen Kindern kam es zu teuer, alle in den Kindergarten zu geben. In meiner Nachbarschaft hatten acht Frauen dieses Problem. So blieben zwei von uns zu Hause, um auf alle Kinder aufzupassen. Ihre Mütter brachten sie am Morgen und holten sie nach der Arbeit ab.

Später errichtete der Frauenverband in der nächsten Umgebung Kindergärten. Diese wurden von den Nachbarschaftskomitees aus den Erträgen ihrer Fabriken und Unternehmen unterstützt. Die Räumlichkeiten und die Einrichtung wurden von der Regierung zugeteilt.

Die Kosten für die Eltern sind niedrig: Sieben Yüan monatlich für Erziehung und

Nahrung, 10 Yüan monatlich (ca. 100 Schilling) für Tag-und-Nacht von Kindern, die älter als zwei Jahre sein müssen. Die Fabrik, in der die Eltern arbeiten, zahlt die Hälfte davon.

Zuerst waren einige Mütter nicht damit einverstanden, ihre Kinder in den Kindergarten zu geben. Aber als sie diese dann wohlumsorgt fanden, regelmäßig betreut vom Gesundheitsdienst und als sie sahen, daß ihre Kinder lernten, was sie zu Hause niemals hätten lernen können, waren sie zufriedengestellt.

Kampf gegen Gewohnheiten

Alte Gewohnheiten sind hartnäckig. Nachdem wir unsere "chemische Fabrik" errichtet hatten, tratschten einige Nachbarn: "Analphabetische Frauen errichten eine Fabrik? Das ist nicht so einfach wie Teigmachen oder Reiskochen. Wenn sie Fabriken betreiben können, wozu braucht man dann noch Männer?" Wir ignorierten sie.

Natürlich, ohne den Parteiaufruf und ohne Unterstützung von allen Seiten wären wir paar Frauen gescheitert. Aber was geschah? 